

Fachinformation Dr. Hans Penner

Internet-Dokumentationen

www.fachinfo.eu

Die Energiewende

von Friedhelm Rostan

FI-Dokumentationen - www.fachinfo.eu/fi030.pdf - Stand: 08.04.2013

Die Versorgung mit preisgünstigem elektrischem Strom ist von existentieller Bedeutung für die moderne Industriegesellschaft, sowohl im gewerblichen als auch im privaten Bereich. Diese sicherzustellen gehört zu den Aufgaben jeder Bundesregierung, deren Mitglieder sich eidlich verpflichtet haben, „ihre Kraft dem deutschen Volke zu widmen, seinen Nutzen zu mehren, Schaden von ihm zu wenden.“

Die Kulturrevolution von 1968 hat eine technikfeindliche Grundstimmung erzeugt, welche die meisten Bereiche der Gesellschaft erreicht hat. Diese Grundstimmung wurde verstärkt durch einen Bericht des Club of Rome, durch die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl, durch das Fukushima-Ereignis und durch die Hypothese der Anthropogenen Globalen Erwärmung.

Die Energiepolitik der gegenwärtigen Bundesregierung wie auch die Haltung der Opposition wird den Erfordernissen des Industriestandortes Deutschland nicht gerecht. Durch die sogenannte „Energiewende“, die voll zu Lasten der Bürger geht, droht ein Schaden, den man kaum ermessen kann.

Inhaltsverzeichnis

1.	Stromerzeugung in Deutschland nach dem 2. Weltkrieg	2
2.	Neomarxistische Kulturrevolution	2
3.	Grenzen des Wachstums	2
4.	Reaktorkatastrophe Tschernobyl.....	2
5.	Fukushima-Ereignis	3
6.	Klimakatastrophen-Hypothese.....	3
7.	Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG).....	3
8.	Energiewende	4
9.	Scheitern der Energiewende	4
10.	Kosten der Energiewende	5
11.	Mißwirtschaft der Stromversorgung.....	5
12.	Quellen.....	6
13.	Abb. 1: Sachstand zur Stromerzeugung.....	7
14.	Abb. 4: Kosten der Energiewende für die Bürger	9
15.	Energiearmut	10

1. Stromerzeugung in Deutschland nach dem 2. Weltkrieg

Durch den wirtschaftlichen Aufschwung der Bundesrepublik Deutschland nach dem 2. Weltkrieg nahm mit der wachsenden Industrialisierung die Nachfrage nach elektrischem Strom erheblich zu. Der Strombedarf stieg jährlich um 5 bis 10%, besonders stark in Süddeutschland (WOLFF 2013). Energieträger war zunächst die eigene Steinkohle vor allem aus den Lagerstätten im Ruhrgebiet, sowie Braunkohle im Raum Aachen. Zur Stromerzeugung in küstennah gelegenen Kraftwerken wurden später Erdöl und Steinkohle auch importiert. Über neue Hochspannungsleitungen wurde der Strom nach Süden in den Bereich mit besonders stark wachsendem Bedarf geleitet.

Mit Fortschritten in der Entwicklung von Kernkraftwerken ergab sich die Möglichkeit, auch weitab von den Lagerstätten und von der Küste Strom zu erzeugen. Das ersparte den Bau weiterer Starkstromleitungen und damit weitere Störungen des Landschaftsbildes im Süden. In der Ölkrise von 1972 zeigte sich, dass diese Entwicklung große Vorteile brachte, denn sie verringerte die Abhängigkeit von den Ölpreisen auf dem Weltmarkt. Der „Strom-Mix“ jener Zeit aus etwa 60% Kohle, 30% Kernenergie, 5% Erdgas, 3% Wasserkraft und 2% sonstigen Quellen sicherte eine zuverlässige Stromversorgung zu einem Preis, der im Jahr 2000 11 Cent/kWh betrug (WOLFF 2013).

2. Neomarxistische Kulturrevolution

Nach der Neomarxistischen Kulturrevolution (www.fachinfo.eu/fi023) von 1968 setzte sich eine technikfeindliche Geisteshaltung bei neomarxistischen Aktivisten durch. Nach Karl Marx ist die industrielle Gesellschaft eine Gesellschaft totaler Unterdrückung, die es zu überwinden gilt. Aus dieser technikfeindlichen Grundstimmung entstanden „grüne“ Bewegungen, wie vor allem „Greenpeace“, sowie auch die Partei der Grünen, die bald ein beträchtliches Wählerpotenzial von etwa 10% gewinnen konnte. Aus dieser Bewegung bildete sich in den 1970er Jahren auch die Anti-Kernkraft-Bewegung, die in der Bevölkerung ebenfalls starken Zuspruch fand.

3. Grenzen des Wachstums

Unter dem Titel „Die Grenzen des Wachstums“ veröffentlichte der „Club of Rome“ 1972 eine Studie des MIT, die sich mit den Aussichten und Bedingungen der weiteren Entwicklung der Menschheit beschäftigte. Darin wurden vor allem die Verknappung der Rohstoffe und die zunehmende Umweltverschmutzung hervorgehoben, wenn die Entwicklung unverändert so weitergehe wie bisher.

Der Club of Rome ist nach eigener Darstellung ein

„informeller Zusammenschluss von (im Jahr 1972) etwa 70 Mitgliedern. Er wurde 1968 in Rom gegründet, um die Ursachen und inneren Zusammenhänge der sich immer stärker abzeichnenden kritischen Menschheitsprobleme zu ergründen. Mit seiner öffentlichen Tätigkeit verfolgt der Club of Rome die Absicht, die politischen Entscheidungsträger in aller Welt zur Reflexion über die globale Problematik der Menschheit anzuregen.“ (MEADOWS 1972)

Die Untersuchung des MIT beruht im Wesentlichen auf Computersimulationen in einem kybernetischen Weltmodell unter Fortschreibung der Gegebenheiten Ende der 1960er und Anfang der 1970er Jahre in die Zukunft. Als Ergebnis der Untersuchung wird eine Nahrungsmittelkrise vorhergesagt, die nur durch eine Beschränkung des Wachstums der Weltbevölkerung und der Industrieproduktion pro Kopf auf dem Niveau von 1975, einem Zustand weltweiten Gleichgewichts, vermieden werden könne. Edgar Gärtner schreibt dazu:

„Dieses Ergebnis, dessen Datengrundlage niemals geklärt wurde, scheint von vornherein festgestanden zu haben. Kam es doch den Auftraggebern der Studie in erster Linie darauf an, die öffentliche Meinung der westlichen Welt ... einer Art Schockbehandlung zu unterziehen.“ (GÄRTNER 2007)

4. Reaktorkatastrophe Tschernobyl

Die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl im April 1986 führte in der Bundesrepublik zur Beendigung der Entwicklung der Kernenergie für Zwecke der Stromerzeugung. Vor kurzem erst war ein neuer Reaktortyp, der Kugelhaufenreaktor, erfolgreich darauf getestet worden, ob bei ihm im Ernstfall eine Kernschmelze vermieden werden kann. Tschernobyl vernichtete mit einem Schlag jede Akzeptanz dieses Energieträgers in der Bevölkerung und in der Politik. Seither wurden in Deutschland keine weiteren Kernkraftwerke mehr gebaut.

Dabei war der Reaktorunfall nicht im Normalbetrieb eines Kernkraftwerks entstanden, sondern durch ein unzulässiges militärisches Experiment. Die Sowjetunion war eindringlich vor dem Bau von Graphit-moderierten Reaktoren gewarnt worden. Ein Graphit-Moderator bleibt bei einem teilweisen oder vollständigen Verlust des Kühlwassers voll wirksam; die Kettenreaktion verstärkt sich explosionsartig, sobald der Einfang von Neutronen durch das Wasser entfällt und sich deshalb ein rasant zunehmender Zuwachs an Neutronen, Leistung und Temperatur ergibt.

In Tschernobyl trat kein „Restrisiko“ in Erscheinung, vielmehr erteilte die Sowjet-Armee den kriminellen Be-

fehl, einen Versuch durchzuführen, bei dem der Reaktor voraussehbar unkontrollierbar werden mußte.

„Da sich das Schichtpersonal weigerte, diese Experimente durchzuführen, wurde es von der Warte verwiesen. Soldaten übernahmen ihre Durchführung, ohne von den Gefahren zu wissen (siehe z. B. Leserbrief von Dipl.-Ing. Gerhard Rittstiegl, Essen, in „Die Welt“ vom 16.2.99)“. (SCHMIDT 1999)

5. Fukushima-Ereignis

Das Erdbeben und der Tsunami am 11. März 2011 an der Ostküste von Japan führten im Kernkraftwerk von Fukushima zu einem Reaktorunfall. Dieser löste im fernen Deutschland bei der Bundeskanzlerin Angela Merkel einen vordergründig nicht erklärbaren Umschwung in ihrer Energiepolitik aus. Erst wenige Monate zuvor hatte sie die Verlängerung der Laufzeit von Kernkraftwerken durchgesetzt. Obwohl in Deutschland weder mit einem Erdbeben von der Stärke wie in Japan noch mit einem Tsunami zu rechnen ist, verfügte sie die Vernichtung der deutschen Kernkraftwerke. In Wirklichkeit erlitt niemand gesundheitliche Strahlenschäden (www.fachinfo.eu/allison2012.pdf).

Die wahren Beweggründe der Bundeskanzlerin sind sehr wahrscheinlich in ihrer Prägung durch das sozialistische System der DDR zu suchen. Dort galt es, ein Gespür für die Richtung zu entwickeln, auf der man Erfolg haben konnte. Nach Fukushima sah sie die Chance, durch den „Atomausstieg“ mit der SPD und den Grünen eine große informelle Koalition unter ihrer Führung zustande zu bringen. Da diese Entwicklung, der Ausstieg aus der Kernenergie und der Umbau der Energieversorgung auf die sogenannten „erneuerbaren Energien“, auch den Vorstellungen von SPD und Grünen entsprach, ließen sich diese auf den merkelschen Coup ein. Man wollte der Welt zeigen, dass der Umbau der Energieversorgung auf die „erneuerbaren Energien“, dem Ideal grüner Vorstellungen, gelingen konnte. Der Richtungswechsel durch eine von der Bundeskanzlerin einberufenen „Ethik-Kommission“ gebilligt. Im Ausland dagegen blickte man fortan mit Interesse auf Deutschland und fragte, ob dieser Großversuch gelingen würde. Immerhin waren die Risiken und auch die Kosten gewaltig.

6. Klimakatastrophen-Hypothese

Etwa gleichzeitig mit dem geforderten Verzicht auf Kernenergie für die Stromerzeugung tauchte in den 1980er Jahren die Furcht vor einer menschengemachten Klimakatastrophe auf. Durch die Emission von Kohlendioxid bei der Verbrennung fossiler Brennstoffe und bei der Zementherstellung würde sich die Globaltemperatur erhöhen, so lautete die Begründung. Obwohl die physikalischen Zusammenhänge nicht bewiesen werden konnten, setzte sich die Vorstellung von einer drohenden Klimakatastrophe bei Politikern und Medien, durch. Auf der politischen Agenda stand seit Mitte der 1990er Jahre auch der Verzicht auf fossile Energieträger. Um dieses Ziel weltweit durchzusetzen wurde im November 1988 vom Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) der Weltklimarat (IPCC Intergovernmental Panel on Climate Change, www.fachinfo.eu/fi010.pdf) gegründet.

Kohlendioxid ist der wichtigste Pflanzennährstoff und kein Schadstoff. Die Luft enthält nur 0,4 Promille Kohlendioxid. Selbst eine Verdoppelung dieser Menge hätte keinen schädlichen Einfluß auf das Klima, weil laut IPCC die Globaltemperatur dadurch nur um 1,1°C steigen würde. Um eine solche Verdoppelung zu erreichen, müßten sämtliche fossilen Brennstoffvorräte der Erde verbrannt werden, was vielleicht in 200 bis 300 Jahren möglich ist. Einzelheiten siehe „Argumente gegen die Klimakatastrophen-Hypothese“ (www.fachinfo.eu/fi011.pdf).

Zu erwähnen ist ferner, daß zwischen dem Kohlendioxid-Gehalt der Atmosphäre und der Globaltemperatur keine Korrelation besteht. Seit 14 Jahren sinkt die Globaltemperatur trotz steigender Kohlendioxid-Konzentration. Siehe „Globaltemperatur der Troposphäre seit 1980“ (www.fachinfo.eu/fi017.pdf).

7. Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG)

Unter der Regierung Kohl und dem Umweltminister Töpfer wurde mit dem „Stromeinspeisungsgesetz“ am 07.12.1990 den „Erneuerbaren Energien“, vor allem aus Windkraft und Photovoltaik, der Vorrang gegeben vor den herkömmlichen Energieträgern. Die SPD/Grüne- Regierung schrieb ab 01.04.2000 dieses Gesetz mit einer Novellierung unter der Bezeichnung „Erneuerbare-Energien-Gesetz“ fort (KEIL 2012). Die Bezeichnung „Erneuerbare Energien“ ist irreführend, weil nach dem 1. Hauptsatz der Thermodynamik Energie nicht erneuert werden kann.

Am 14. 06. 2000 vereinbarte die SPD/Grüne-Bundesregierung mit den Energieversorgern die „geordnete Beendigung der Nutzung der Kernenergie zur Stromversorgung“.

Im EEG wird der Vorrang von „Ökostrom“ (Strom aus Windkraft, Photovoltaik und Biomasse) vor dem Strom aus Kohle, Öl, Gas und Kernkraft festgeschrieben. Den Betreibern von Anlagen, die mit „erneuerbaren Energien“ arbeiten, muss der Strom zu einem für 20 Jahre garantierten Preis abgenommen werden.

8. Energiewende

Der Begriff „Energiewende“, der den Kernkraftverzicht und Maßnahmen zum sogenannten Klimaschutz umfasst, wurde bereits im Frühjahr 2002 bei einer Fachtagung des Bundesumweltministeriums geprägt. Im Artikel über die Energiewende bei Wikipedia, der offensichtlich die Energiewende befürwortet, heißt es:

„'Energiewende' benennt eine deutliche Veränderung der Energiepolitik: Durch einen Wechsel von einer nachfrageorientierten zu einer angebotsorientierten Energiepolitik und einen Übergang von zentralistischer zu dezentraler Energieerzeugung ... soll es anstelle von Überproduktion und vermeidbarem Energiekonsum zu Energiesparmaßnahmen und höherer Effizienz kommen. ... Im weiteren Sinn umfasst die Energiewende auch die Demokratisierung der Energiegewinnung. Während in der traditionellen Energiewirtschaft wenige Großkonzerne mit zentralen Großkraftwerken den Markt als Oligopol beherrschen und damit einhergehend eine kartellrechtlich wie politisch bedenklich große Machtfülle anhäufen, lassen sich die Erneuerbaren Energien in der Regel dezentral aufstellen. Über Beteiligungsmodelle wie Bürgerwindparks und Bürgersolarparks sind viele Bürger direkt an der Energieerzeugung involviert; Photovoltaikanlagen können sogar von Einzelpersonen errichtet werden. ... Obwohl die Energiewende alle drei Bereiche Strom, Wärme und Verkehr umfasst, konzentriert sich die öffentliche Wahrnehmung vor allem auf dem Strombereich.“ (<http://de.wikipedia.org/wiki/Energiewende>)

Zu den Kernaussagen dieses Textes sind kritische Anmerkungen erforderlich:

- **Angebotsorientierte Energiepolitik:** Eine Verknappung des Stroms ist politisch gewollt. Im Idealfall soll also Strom möglichst nur noch dann verbraucht werden, wenn gerade Wind weht oder die Sonne scheint.
- **Übergang zu dezentraler Energieversorgung:** Kleinere Kraftwerkseinheiten produzieren Strom zu wesentlich höheren Kosten je Einheit.
- **Energiesparmaßnahmen:** In Wirklichkeit bedeutet das eine Tendenz zur Rationierung von Strom. So sollen Energielieferanten in Baden-Württemberg wie z.B. Stromversorger und Ölhändler veranlasst werden, ihre Kunden zu einer jährlichen Einsparung von 1,5% anzuhalten.
- **Höhere Effizienz der Stromerzeugung:** Gemessen an der Wirklichkeit ist dies nicht der Fall.
- **Demokratisierung der Energiegewinnung:** Statt rationell arbeitender und sehr kostengünstiger Großkraftwerke sind unwirtschaftlich arbeitende Kleinkraftwerke erwünscht, deren Kosten entsprechend höher sind. Eine Umverteilung von Einkommen von den Stromverbrauchern zu den Bürgern, die sich eine Investition in Wind- oder Solarparks leisten können über die Stromkosten ist erwünscht. So wird ein Keil in die Gesellschaft getrieben, der sie in Vermögende und Ärmere trennt.

9. Scheitern der Energiewende

Unter dem Titel „die Energiewende ist schon gescheitert“ stellte der Energieexperte Dr. Günter Keil eine Analyse der Energiewende vor:

„Die im Energiesektor ausufernde, die Wirtschaft schwer schädigende Plan-Misswirtschaft wird nach einigen Jahren spektakulär scheitern, weil ihre wirtschaftlichen und sozialen Kosten untragbar geworden sind.“ (KEIL 2012)

In einer Rezension des Buches von Günter Keil schreibt Peter Mokwa:

„Keils Aufzeichnung zeichnen sich durch eine hohe Verständlichkeit auch für Laien aus. Die Energiewende, ein dreistes Gaunerstück der deutschen Politik, eine Verschwörung gegen den „kleinen“ Mann, eine massive Umverteilung von unten nach oben, ein Anschlag auf Lebensstandard und Zukunft. Ja – ein Anschlag auf die Zukunft, denn der Zweck der Energiewende ist die De-Industrialisierung Deutschlands. Das „Projekt“ läuft, es läuft aus dem Ruder – wie jede Planwirtschaft – und es läuft trotzdem als „geplantes Chaos“ (Ludwig von Mises) weiter. Denn die politisch korrekt vernebelte Masse hält die Energiewende für einen Segen, so wie sie früher den „Führer“ für einen Segen hielt.“ (MOKWA 2013)

Die Energiewende stellt sich als ein mißlungenes Großexperiment heraus. Keil führt dafür folgende Gründe an:

- Das EEG stellt infolge der hohen Stromkosten eine **Gefahr für den Industriestandort Deutschland** dar. Um diese Gefahr zu vermeiden wurden industriellen Großabnehmern Rabatte gewährt, die von den privaten Verbrauchern über die EEG-Umlage aufzubringen sind.

- Für private Investoren soll **die Rendite nicht von der Unstetigkeit der Wind- und Solarenergie abhängig sein**. Um dies zu erreichen wurden mit freier Marktwirtschaft unvereinbare Vorschriften erlassen, wie z.B.
 - eine Entschädigung für nicht abgenommenen Strom,
 - Die Erzeuger von Ökostrom müssen mit Überlastungen des Stromnetzes rechnen. Die Risiken von zu viel erzeugtem Strom müssen die Betreiber der Stromnetze tragen. Diese sind verpflichtet, Umfang und Dauer einer Sperrung der Einspeisung spätestens am Vortag mitzuteilen.
 - „Verkauf“ von Ökostrom zu negativen Preisen. Abnehmer von überschüssigem Strom bekommen Vergütungen.
- **Windstrom: Versorgung nach Wetterlage**
- **Solarstrom: Geringer Nutzen für sehr viel Geld**
- **Biogas:** Wenn aus Raps, Mais u.dgl. **falsches Mittel zum falschen Zweck** und zudem nur begrenzt umweltfreundlich.
- **Fehlende Speicherfähigkeit** der Energie, da zu wenig Pumpspeicher
- **Ökostrom ist nicht grundlastfähig**. Seine Verfügbarkeit ist abhängig von den Launen der Natur.
- Die **Stromnetze** werden **an die Grenzen ihrer Belastbarkeit getrieben**. Die Gefahr eines flächendeckenden Stromausfalls ist real. Es fehlen Leitungen, die den im Norden erzeugten Strom in den Süden bringen.
- Im Strommarkt herrscht in Wahrheit die **Planwirtschaft**.
- Strom wird immer teurer – die „**Energiearmut**“ wächst.
- Durch die Abschaltung der Kernkraftwerke wurden dem europäischen Stromverbund im nationalen Alleingang für 8.400 MW Leistung Grundlaststrom entzogen.

10. Kosten der Energiewende

Über die Kosten der Energiewende werden je nach Standpunkt sehr unterschiedliche Beträge genannt. Im Frühjahr 2013 nannte Umweltminister Peter Altmeier eine Größenordnung von etwa 1 Billion Euro. Eine kritische Nachrechnung auf der Webseite des Europäischen Instituts für Klima und Energie (EIKE) ergibt, dass seine Kostenansätze zum Teil viel zu niedrig sind. EIKE kommt auf eine geschätzte Summe von 1,2 Billionen Euro, die bis 2022 aufgelaufen sein wird. (EIKE 2013).

11. Mißwirtschaft der Stromversorgung

Am 02.04.2013 meldete u. a. die Süddeutsche Zeitung als Erfolg der Energiewende „Deutschland vervierfacht Stromüberschuss“. Im Jahr 2012 wurden 66,6 TWh Strom exportiert und 43,8 TWh importiert.

Die Erzeuger von Strom aus Erneuerbaren Energien bekommen im Durchschnitt 18 Cent/kWh. Der Verkaufspreis an der Börse liegt dagegen bei 5 Cent/kWh. Die Kostendifferenz von 13 Cent/kWh für den Exportüberschuss von 23 TWh müssen die Verbraucher in Deutschland über die EEG-Umlage aufbringen. Das waren in 2012 3 Mrd. Euro. Jeder Bundesbürger hat demnach die Stromexporte mit 36,60 Euro subventioniert. (SCHÄFER 2013).

Windstrom ist von der aktuellen Windstärke abhängig. Solarstrom ist von der aktuell auf die Solarzellen auftreffenden Sonnenstrahlung abhängig. Bei zu geringer Windstärke und zu geringer Sonneneinstrahlung muß Strom aus konventionellen Anlagen eingespeist werden.

Für die Stromversorgung benötigen wir in Deutschland eine installierte Leistung von etwa 80.000 MW. Das entspricht der Leistung der mit erneuerbaren Energien betriebenen Anlagen einschl. im Bau befindliche Windparks. Damit können wir nach folgender Rechnung auf das Jahr bezogen nur etwa ein Viertel des Strombedarfs decken: Von den 8.760 Stunden im Jahr stehen 900 Stunden Sonne und ca. 1.400 Stunden Wind zur Verfügung ($900 + 1.400 = 2.300 / 8760 * 100 = 26\%$). Für die restlichen drei Viertel oder 6.500 Stunden müssen die mit Kohle, Gas, Kernenergie betriebenen Anlagen aufkommen. Ein weiterer Ausbau

der „Erneuerbaren“ ist daher sinnlos. (KIENDL 2013).

Zum Ausgleich der Unstetigkeit von Wind- und Solarenergie eignen sich Gaskraftwerke. Da Gaskraftwerke nur zum Ausgleich der Unstetigkeit verwendet werden, können sie nicht wirtschaftlich betrieben werden. Beispielsweise gehört Irsching 5 mit 860 Megawatt Leistung zu den größten Anlagen seiner Art. Vor allem die an dem Kraftwerk beteiligten Stadtwerke, unter anderem aus Frankfurt, Nürnberg und Darmstadt drängen jedoch, die Anlage vom Netz zu nehmen:

„Einzelne Stadtwerke müssen ein Defizit von bis zu zehn Millionen Euro pro Jahr hinnehmen. Sie sind nicht mehr länger dazu bereit.“ (VITZTHUM 2013)

12. Quellen

EIKE 2013

Energiewende wirkt: Altmaiers Billion € reicht bei weitem nicht!

www.eike-klima-energie.eu/climategate-anzeige/energiewende-wirkt-altmaiers-billion-EUR-reicht-bei-weitem-nicht/

Gärtner, Edgar 2007

Öko-Nihilismus – Eine Kritik der politischen Ökologie; TvR Medienverlag Jena 2007

Keil, Günter 2012

Die Energiewende ist schon gescheitert; TvR Medienverlag Jena 2012

Kiendl, Helmut 2013

Private Mitt. vom 15.01.2013

Meadows, Dennis 1972

Die Grenzen des Wachstums; Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit; Deutsche Verlagsanstalt 1972

Mokwa, Peter 2013

Wer Ayn Rand nicht lesen möchte; Citizen Times 13.03.2013;

<http://www.citizentimes.eu/2013/03/13/wer-ayn-rand-nicht-lesen-moechte/>

Schäfer, J.W. 2013

Deutsche verschenken Ökostrom für 3 Milliarden

<http://www.bild.de/geld/wirtschaft/oeko-strom/deutsche-verschenken-oekostrom-fuer-3-milliarden-29864654.bild.html>

Schmidt, Karl-Rudolf 1999

Tschernobyl, Bayernkurier 24.04.1999

Vitzthum, Thomas 2013

Stadtwerke fordern Gaskraftwerk-Abschaltung; Die Welt 07.03.2013;

<http://www.welt.de/wirtschaft/energie/article114202846/Stadtwerke-fordern-Gaskraftwerk-Abschaltung.html>

Wolff, Ulrich 2013

Das Glashaus Energiewende – eine kostspielige Utopie; <http://de.scribd.com/doc/123659181/Glashaus-Energiewende-pdf>; Februar 2013

13. Abb. 1: Sachstand zur Stromerzeugung

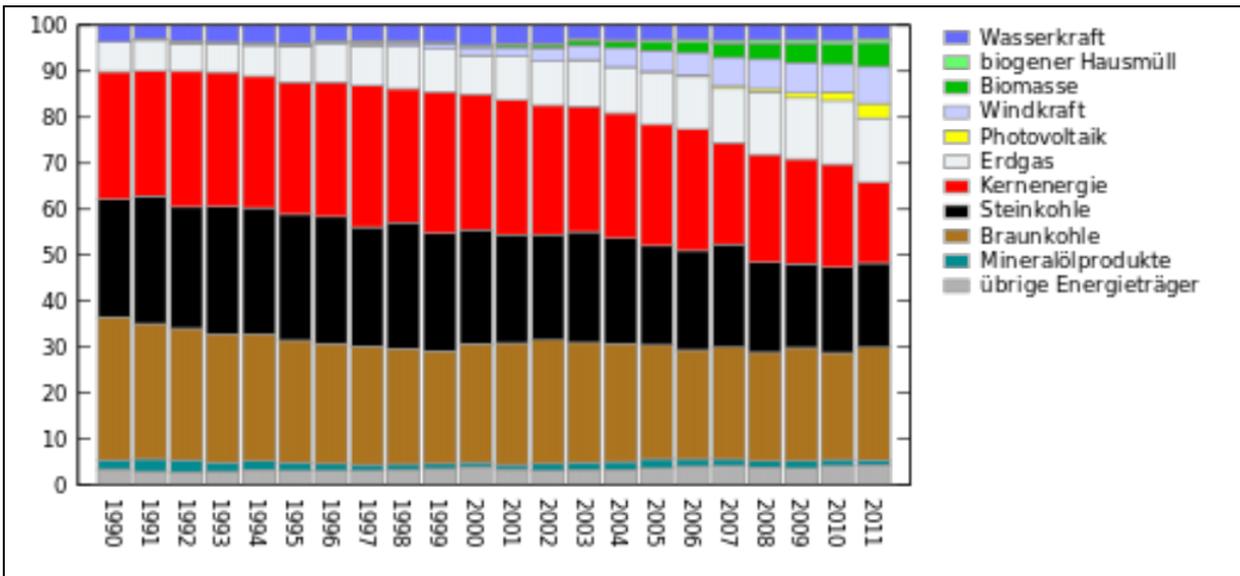


Abb.1: Bruttostromerzeugung in Deutschland nach Energieträgern 1990 – 2011 in Prozent
 Seit dem Jahr 2000 wird Strom aus Kohle und Kernenergie zunehmend verdrängt. Der Erdgasanteil an der Verstromung steigt etwas an. Nach der Naturkatastrophe in Fukushima wird die Hälfte der Kernkraftwerke zu Lasten der Reserve für die Gewährleistung der Versorgungssicherheit vom Netz genommen. Eine weitere Reduktion der gesicherten Kraftwerksleistung würde Stromabschaltungen zur Folge haben.

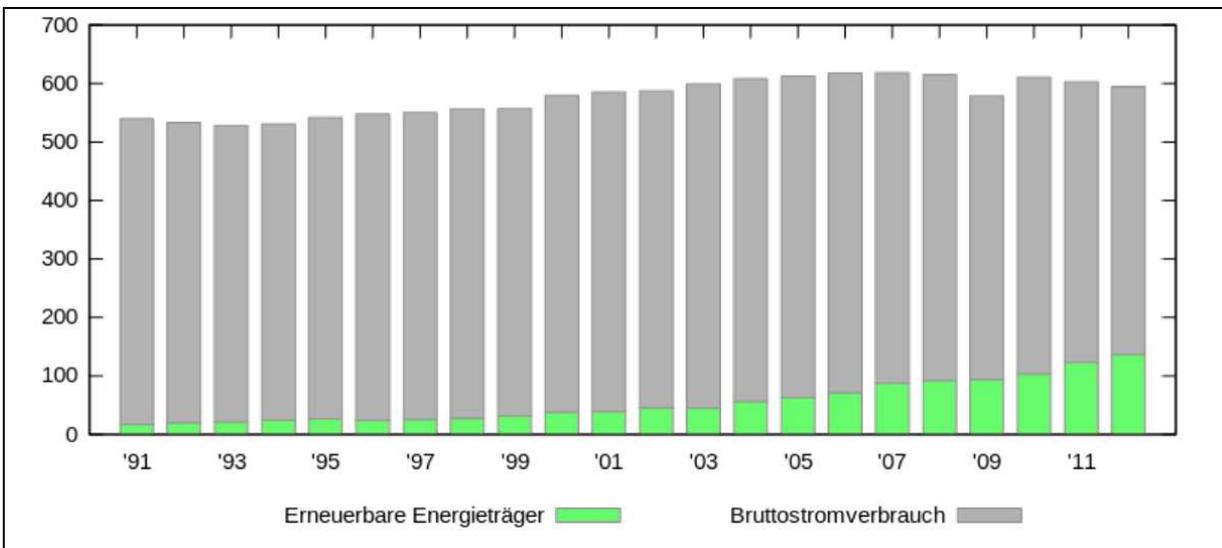


Abb. 2: Anteil des „Ökostroms“ am Bruttostromverbrauch Deutschlands.
 Der jährliche Strombedarf hat sich seit 1990 um etwa 10% erhöht und bewegt sich gegenwärtig um 600 TWh, (Bild 2). Der Anteil der Wasserkraft blieb unverändert.

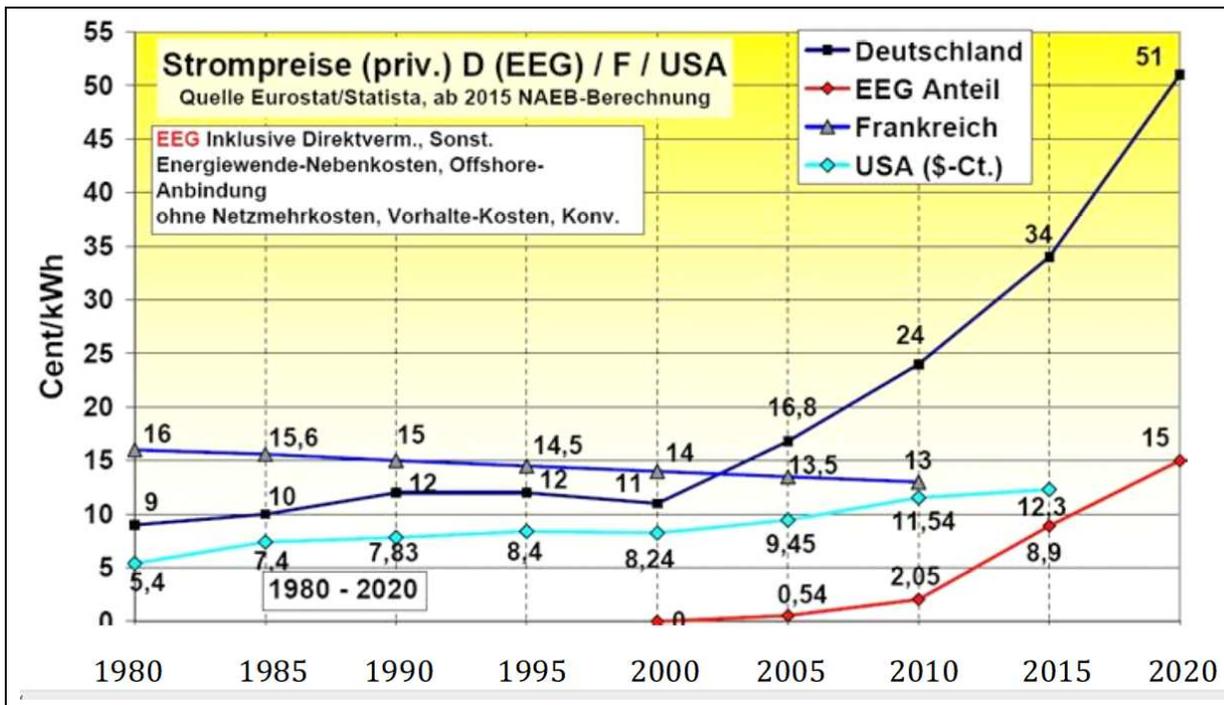


Abb. 3: Strompreise im internationalen Vergleich

Seit dem Jahr 2000 haben sich die Strompreise bis zum Jahr 2012 (gegenläufig zu Frankreich) mehr als verdoppelt (Bild 3).

Ursache für die Preisexplosion ist der politische Eingriff in den Strom-Mix verbunden mit einer überhöhten Besteuerung der Nutzung von Energie.

Die NAEB Hochrechnung der Preisentwicklung über das Jahr 2012 hinaus zeigt die leicht prüfbareren weiteren Auswirkungen der geltenden gesetzlichen Rahmenbedingungen in Verbindung mit dem technisch irrationalen Ziel, den Beitrag des sog. Ökostroms zur Stromversorgung auf 80% zu erhöhen.

Fazit:

Entscheidungen über Investitionen in der Stromversorgung haben eine Reichweite von 50 bis 100 Jahren. Das gilt für Wasserkraft ebenso, wie für Kernkraftwerke. Für die Eingriffe in den im Jahr 2000 existierenden gesicherten Strom-Mix findet sich auch heute keine rationale Rechtfertigung.

Der Feldversuch Energiewende ist dagegen Beweis, dass Planung und Realisierung der Stromversorgung nicht als politischer Spielball funktioniert, sondern nur wenn es, so wie z. B. der Bau von Kraftfahrzeugen oder das Backen von Brot ein „Primat“ von Industrie und Handwerk bleibt.

Quellen: Ulrich Wolff, Das Glashaus Energiewende, Februar 2013 E-Mail vom 1.2.2013

<http://de.scribd.com/doc/116255658/Die-Energiewende-in-Deutschland-Trauerspieler-Komodie>

<http://de.scribd.com/doc/123659181/Glashaus-Energiewende-pdf>

Siehe zu Abb. 3 auch: www.stromluege.de

14. Abb. 4: Kosten der Energiewende für die Bürger

Die folgenden Diagramme samt Text sind einen Artikel mit dem Titel „Wind und Sonne schicken keine Rechnung? Was uns „kostenlose“ Energie wirklich kostet!“ entnommen.

Quelle: <http://www.eike-klima-energie.eu/energie-anzeige/wind-und-sonne-schicken-keine-rechnung-was-uns-kostenlose-energie-wirklich-kostet/>

Um die Gesamtbelastung zu erfassen, muss man sich in Erinnerung rufen, dass die Verpflichtung zur Zahlung von EEG-Vergütungen für eine anerkannte und produzierende Anlage laut Gesetz 20 Jahre lang Bestand hat. Die 883 Mio. € aus dem Jahr 2000 sind daher gleichbedeutend mit einer Gesamtzahlungsverpflichtung von 17.660 Mio. €, die von der Allgemeinheit der Stromverbraucher noch bis zum Jahre 2020 aufzubringen sind. Diese Verpflichtungen sind seitdem Jahr um Jahr weiter angewachsen. ... Schon für das Jahr 2012 liegt die Gesamtsumme aus bereits geleisteten Zahlungen und künftigen Zahlungsverpflichtungen bei kumulierten 376 Mrd. €, das ist die Größenordnung eines Bundeshaushalts. Bis zum Jahr 2015 dürfte sie auf voraussichtlich 570 Mrd. € anwachsen.

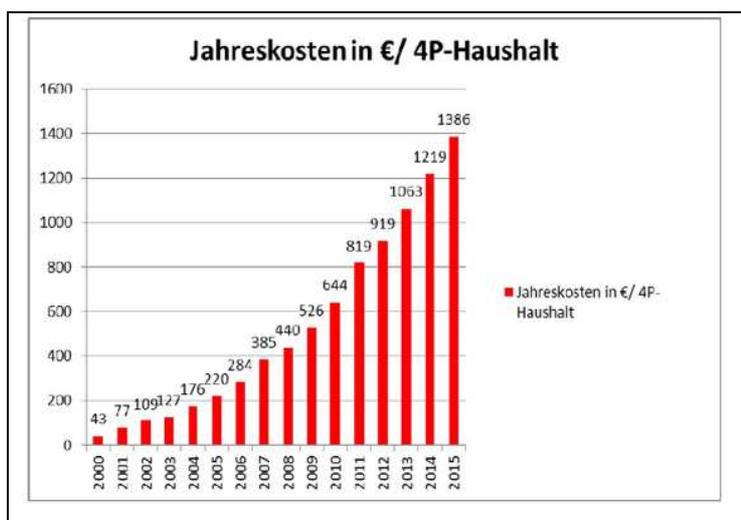


Abb.4 Rechnet man die tatsächlichen Belastungen für den einzelnen Einwohner bzw. für den typischen Vier-Personen-Haushalt einmal aus, indem man die jährlichen Gesamtzahlungen durch die aktuelle Einwohnerzahl von etwa 81,9 Mio. teilt, so stellt man fest, dass der einzelne Bürger durch das EEG bereits heute wesentlich stärker belastet wird als laut Stromrechnung ausgewiesen. Grund hierfür ist die Tatsache, dass private Haushalte zwar nur rund ein Viertel des in Deutschland verkauften Stroms verbrauchen, die EEG-Umlagekosten für die übrigen drei Viertel (die von Industrie, Handel und Gewerbe getragen und über die Preise an sie weitergegeben werden, Anm. d. V.) ... aber nahezu vollständig mit finanzieren müssen. Von lediglich 43,- € pro 4p-Haushalt im Jahr 2000 sind diese Belastungen bis 2012 auf inzwischen 919,- € angestiegen. Bis zum Jahr 2015 ist ein weiterer Anstieg auf dann jährlich 1.386,- € so gut wie vorprogrammiert.

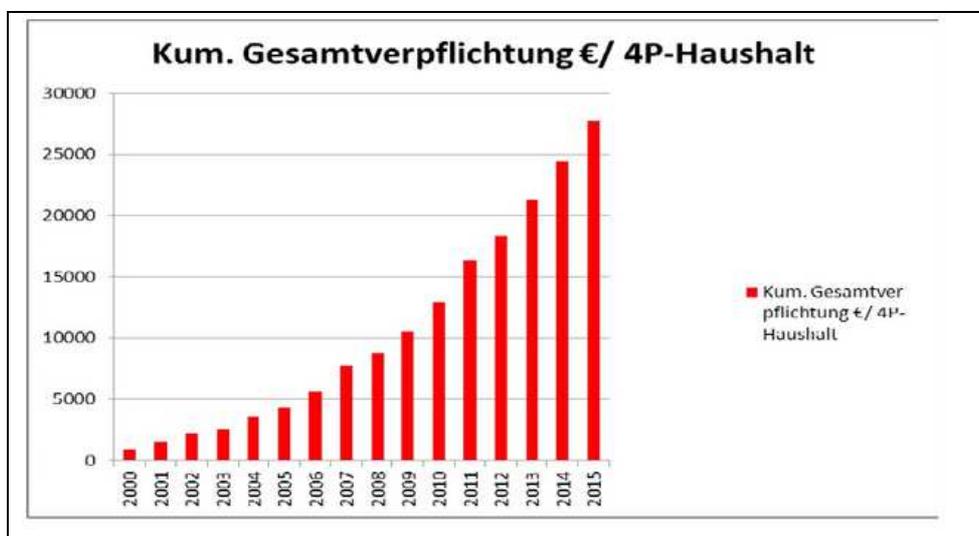


Abb. 5 Bereits für das Jahr 2012 beläuft sich die Gesamtbelastung aus bereits gezahlten und noch geschuldeten Beträgen, die der übliche 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalt letztlich zu schultern hat, auf insgesamt mehr als 18.000,- €. Bei unveränderter Weiterführung der aktuellen Energiewendepolitik wird sich dies bis zum Jahr 2015 auf mehr als 27.000,- € erhöhen. Wobei auch diese Zahlen noch unvollständig sind: Sie berücksichtigen weder Steuern noch Netzentgelte noch weitere Zusatzkosten wie den Ausbau von Netzen, Speichern oder die vorgesehenen Anti-Stilllegungsprämien für unrentable Reservekraftwerke.

EIKE merkt hierzu noch an: Zwar wird bei diesen Zahlen oft geltend gemacht, dass hiervon noch die (deutlich niedrigeren) Erlöse für den an den Strombörsen erzielten Verkaufserlös für den Ökostrom abzuziehen seien, doch kann man dies bei den hier angestellten Überlegungen erst einmal unberücksichtigt lassen: Im Prinzip wird hier Strom, der eigentlich überschüssig ist, weil ja ein vollständiger Kraftwerkspark bereits vorhanden war, auf Kosten der anderen Produzenten vorrangig in den Markt gedrückt. Dadurch erleiden die anderen Hersteller entsprechende Verluste, welche die Allgemeinheit auf die eine oder andere Weise auch wieder bezahlen muss. Wie sich das auswirkt, zeigt eine Meldung der Zeitschrift für Kommunalwirtschaft vom 5. 12. 2012. Demnach wollen die Betreiber das derzeit modernste Gas-und-Dampfkraftwerk Irsching 5 für zwei Jahre vom Markt nehmen, obwohl es mit seinem Wirkungsgrad von 60 % weit effizienter ist als jeder andere thermische Kraftwerkstyp. Grund ist nach Angaben der Betreiber, dass sie aufgrund der Preisbildung an der Börse durch zunehmende Einspeisung von erneuerbaren Energien aus dem Markt gedrängt werden.

15. Energiearmut

Bei diesen Zahlen ist es nicht verwunderlich, dass die Furcht vor einer neuen Armut, der Energiearmut umgeht. Ein Positionspapier der Verbraucherzentrale in Nordrhein-Westfalen beginnt mit folgenden Worten: „Immer mehr Menschen in Deutschland sind von Energiearmut bis hin zu Stromsperrern betroffen. Eine Umfrage der Verbraucherzentrale NRW hat jüngst ergeben: In 2010 wurden hochgerechnet in NRW 120.000 Stromsperrern verhängt. Übertragen auf die Bundesrepublik sind schätzungsweise 600.000 Haushalte betroffen. Bestätigt werden die alarmierenden Zahlen u. a. durch Stichproben in Schuldner- und Insolvenzberatungen.

Quelle: <http://www.vz-nrw.de/mediabig/218097A.pdf>